

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 25. Februar 2021

Martin Habersaat:

Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden

TOP 19: Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden (19/2765)

„Spätestens Donald Trump hat bewiesen, dass Twitter für eine differenzierte Kommunikation ungefähr so geeignet ist wie eine Nachricht auf einem Blatt Papier, das um einen Stein gewickelt durch eine Scheibe geworfen wird. Frau Ministerin Prien hat Anfang Februar auf Twitter geschrieben: „Gesundheit steht ganz klar vor Bildung“ sei zu Ende gedacht ein rigider Satz, den sie nicht teile.“ Das fand ein geteiltes Echo. Und gemeint war sicher nicht einmal die rigide Umkehrung, Bildung gehe vor Gesundheit. Aber nach einem Jahr Corona liegen die Nerven blank, umso mehr, als dies nicht die erste Kommunikationspanne im Corona-Jahr war. Und damit ist nicht nur das Stakkato immer neuer ministerieller Enzykliken gemeint, das es kaum noch möglich macht, ständig veränderte Dienstanweisungen nachzuvollziehen. Das Schuljahr 2020/21 dauert jetzt noch etwa dreieinhalb Monate – einschließlich Osterferien und verlängerten Wochenenden. Deshalb ist es an der Zeit, zu bilanzieren, wo wir jetzt stehen und für unsere Schulen so viel Sicherheit zu schaffen, wie wir irgendwie können. Keiner von uns wird behaupten, dass das Schuljahr 2020/21 ein normales Schuljahr ist. Aber noch immer vermitteln zu Viele den Eindruck, man könne dieselben Leistungen abfordern wie immer, dieselben Stundenpläne durchexerzieren und dieselben Tänze um die Bedeutung der Noten aufführen. Das setzt Schülerinnen und Schüler unter Druck, aber auch Lehrkräfte und Eltern. Mit der vereinfachten Beurlaubungsmöglichkeit kommen Sie unserem Ansinnen nach, die Präsenz auch in die Verantwortung der Eltern zu legen. Unsere Bitte: Verlängern Sie diese Regelung bis zum Ende des Schuljahres. Lassen Sie ab von Klassenunterricht und dem regulären Stundenplan, nehmen Sie Druck raus und ermöglichen Sie kleinere Gruppen. Helfen Sie den Lehrkräften, die Dreiteilung zwischen Präsenzunterricht, Distanzunterricht und Notbetreuung durch eine Reduzierung der Vorgaben zu bewältigen. Schaffen Sie Unterstützungsangebote für die Schülerinnen und Schüler. Förderstunden, Tutorensysteme, Gutscheine für Nachhilfe, Sprechstunden - das darf nicht dem Engagement und den Überstunden der einzelnen Lehrkraft überlassen bleiben. Übrigens: Im Bremen ist Sofatutor ein fest integrierter Bestandteil von „itslearning“.

Heute flattert uns nun, wie in letzter Zeit regelhaft, pünktlich zur Debatte ein sogenannter Alternativantrag auf den Tisch. Die sind inhaltlich alle gleich, ich fasse pauschal zusammen: „Was die Regierung tut, ist wohlgetan.“ Wer trotzdem liest, liest folgendes: „Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um in der Pandemie den Schulbetrieb so sicher wie möglich zu gestalten.“

Das grenzt nicht nur an Realitätsverweigerung, das geht absichtlich darüber hinaus.

- Hat die Landesregierung so schnell wie möglich zusätzliche Schulbusse zur Verfügung gestellt? Nein, nach langem Zögern erreichte den Finanzausschuss die entsprechende Förderrichtlinie erst heute.
- Stellt die Landesregierung allen Schülerinnen und Schülern medizinische Masken zur Verfügung? Nein, das tut sie nicht.
- Sieht das Konzept der Landesregierung Tests für Schülerinnen und Schüler vor, wie es sie in Österreich oder Dänemark gibt? Nein. Siehe Debatte von heute Vormittag. Sie schreiben dazu heute, dass die Kosten für Selbsttests vom Bund zu tragen sind - als ob das momentan die größte Sorge wäre.
- Setzen Sie an den Schulen ein Kohortenprinzip um, das tatsächlich auch die Begegnungen von Lehrkräften mit unterschiedlichen Klassen auf ein Minimum reduziert? Nein, Sie setzen auf Stundenpläne, als wenn nichts wäre.
- Sind alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein -Stand heute, ein Jahr nach Pandemiebeginn- mit digitalen Endgeräten und Internetzugängen ausgestattet? Nein, sind sie nicht.

So sicher wie möglich ist der Schulbetrieb vielleicht im Rahmen Ihrer Möglichkeiten. Dass Sie an diesen Möglichkeiten etwas ändern sollten, haben wir Ihnen schon mehrfach gesagt.“